

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 2 RM. im Voraus, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. für Porto. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: 1 RM. 50 Pf. im Voraus. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Die Redaktion in der Hauptstraße 10. Die Druckerei in der Hauptstraße 10.

Angabenpreis: die 8 gespaltene Zeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. pro Spalte. Die 2 gespaltene Zeile 10 Pf., die 1 gespaltene Zeile 5 Pf. pro Spalte. Nachzahlungsgeld für 20 Reichsmark. Sonstige und Platzveränderungen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen für die Nachtzeit bis 10 Uhr. Anzeigen für die Nachtzeit bis 10 Uhr. Anzeigen für die Nachtzeit bis 10 Uhr.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 124. — 86. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 30. Mai 1927

In der Schußlinie.

Zu den Ereignissen im englisch-russischen Streit während der letzten Tage wird uns von einem diplomatischen Mitarbeiter geschrieben:

Die Schwierigkeiten politischer und wirtschaftlicher Art, in die Deutschland durch den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen gelangt ist, werden nicht geringer dadurch, daß der russische Votschafter in Berlin Dr. Strzesmann ausgesucht und ihn darum gebeten hat, durch unseren Londoner Votschafter die russischen Interessen in England vertreten zu lassen. Selbstverständlich ist von vornherein damit gerechnet worden, daß dieses Ersuchen an uns gerichtet wird — aber erleichtert wird unsere politische Lage in der Welt zwischen den beiden streitenden Mächten dadurch nicht. Eine Ablehnung dieser Bitte oder etwa eine Andeutung deutscherseits dahingehend, daß man eine solche Bitte erst gar nicht stellen solle, war wohl nicht gut möglich, weil die Verträge von Rapallo und von Berlin die Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland besiegeln und daher die Ablehnung des russischen Ersuchens unsererseits eine glatte Unfreundlichkeit bedeuten würde. Wie diese Übernahme des Schutzes der russischen Interessen in England durch uns nun allerdings jenseits des Kanals vermerkt werden wird, ist eine zweite Frage. Aber Frankreich konnte schon deswegen nicht um die Übernahme dieses Schutzes ersucht werden, weil die Pariser Regierung sich doch allzu deutlich an die Seite Englands gestellt hat; ergebnislos ist der russische Votschafter für das Auswärtige von Paris zurückgekehrt, und er wird bei seiner demnächstigen Durchsicht durch Berlin Gelegenheit haben, mit der deutschen Regierung Rührung zu nehmen.

Die englische Note an Rußland, die dem russischen Geschäftsträger überreicht worden ist, enthält nur das, was die englischen Minister bereits im Unterhaus ausgesprochen haben: die politische Durchsicht der Handelsvertretung habe schlüssig bewiesen, daß von dort aus trotz aller Warnungen militärische Spionage und umstürzlerische Maßnahmen innerhalb des Englischen Reiches geleitet und ausgeführt worden seien, und zwar im engsten Zusammenhang mit der Sowjetregierung. Das bedeutet einen Mißbrauch diplomatischer Privilegien. Da trotz jener Warnungen diese Mißbräuche fortgesetzt worden sei, betrachte die englische Regierung das englisch-russische Handelsabkommen für ebenso erloschen wie die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung. Sowohl der russische Geschäftsträger wie die russische Handelsvertretung in London haben daher England zu verlassen; ebenso werden Englands diplomatische Vertreter aus Rußland abgerufen. Nochmals wird betont, daß dieser Schritt nicht bedeute, die englische Regierung wolle sich in den normalen Ablauf eines gesetzlichen englisch-russischen Handels einmischen; sie habe auch nichts gegen die Fortsetzung einer gesetzlichen kaufmännischen Tätigkeit der Arcos unter den gleichen Bedingungen, wie sie für andere Handelsorganisationen in England gelten. Dies hat auch übrigens Baldwin auf die Angriffe Lloyd Georges hin noch einmal ausdrücklich betont, — aber ob es gerade sehr erfolgreich sein wird, steht auf einem anderen Blatt. An Krieg denkt ja niemand; aber Wirtschaftskriege — wir haben es am eigenen Leibe verspürt — können auch verheerend genug wirken. Und dabei hofft Rußland natürlich vor allem auf Unterstützung durch Amerika, das sich diese Gelegenheit zu einem guten Geschäft wohl nicht entgehen lassen würde.

Deutschland aber liegt in der Schußlinie zwischen den beiden Streitenden und unverkennbar ist es, daß der diplomatische Druck auf uns sich namentlich von London her seit den letzten Monaten verstärkt hat. Es bedeutet daher für die Reichsregierung ein außerordentlich schwieriges Unternehmen, sich hindurchzuarbeiten. Partei zu ergreifen, diese auf alle Fälle, uns selbst zu schädigen, gleichgültig, auf welcher Seite wir uns stellen würden. Es gibt keine Konstellation, die uns etwas anderes als Nachteil bringt. Vorwürfe einträgt, die wir nicht so auf die leichte Achsel nehmen können wie etwa Amerika; dazu sind wir von dem Westen Europas wirtschaftlich wie diplomatisch viel zu abhängig. Ein etwaiger Vorwurf — wie er uns schon gemacht worden ist — „Fehler der Weltrevolution“ zu sein, kann uns nicht gleichgültig finden. Dazu kommt, daß Tschischow's Anstrengungen in Paris gänzlich erfolglos geblieben sind, und die Rede, die der französische Innenminister Sarraut über die Gefahren der kommunistischen Propaganda in Frankreich gehalten hat, war so deutlich, daß man an sehr weitgehende Vereinbarungen zwischen London und Paris glauben muß. Daran ändert nichts, daß derartige Ausstrahlungen der englischen Politik amtlich eifrig dementiert werden. Diese Ausstrahlungen sind da und wir im Herzen Europas verströmen am stärksten die politische Erregung und die Krämpfe, die unseren Kontinent durchzittern.

Friedenskonferenz der Mächte.

London, 30. Mai Nach einer Meldung des Daily Telegraph gedenkt die japanische Regierung eine Friedenskonferenz unter Teilnahme der Großmächte einzuberufen.

Der englisch-russische Wirtschaftskrieg.

Deutschland als Mittler.

Französische Geschäftigkeiten.

Die Zusage der deutschen Regierung, die diplomatische Vertretung Rußlands in England zu übernehmen, hat in der ganzen politischen Welt größte Beachtung gefunden. Im allgemeinen wird der Schritt Deutschlands von der deutschen Öffentlichkeit mit größter Zurückhaltung aufgenommen, und es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß für Deutschland keinerlei Schwierigkeiten aus diesem Entgegenkommen Rußland gegenüber entstehen könnten. Diesem wurde und wird erwartet, daß auch England Deutschland bitten würde, die Vertretung seiner Interessen in Rußland zu übernehmen. Ob England diesen Schritt tun wird, steht allerdings noch nicht fest.

Ein Teil der französischen Presse benutzt den englisch-russischen Konflikt, um auch gegen Deutschland wieder ihre alten Geschäftigkeiten loszulassen. So meint das „Echo de Paris“, daß es Deutschland schwerfallen wird, im englisch-russischen Konflikt strikte Neutralität zu wahren. Der Beschluß Stresemanns, dem russischen Ersuchen nachzukommen, könne nur eine Hilfe für die Sowjets bedeuten. Den deutschen Kaufleuten werde es bald klar sein, daß die Haltung Englands gegenüber Rußland die wirtschaftlichen Verhandlungen aller anderen Länder mit Rußland stark beeinflussen werde. Eine Erklärung dieser etwas dunklen Drohung bleibt das Blatt allerdings schuldig.

Eine Arcosvertretung in Berlin.

Amerikanische Hoffnungen.

Dem Vernehmen nach ist an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet worden, ob sie einer Anzahl von Angestellten der russischen Handelsvertretung in London und der Arcos für einige Zeit ihre Erlaubnis zum Aufenthalt in Deutschland geben würde. Die Dauer dieses Aufenthaltes soll etwa vier bis sechs Wochen betragen und dazu dienen, die noch laufenden englischen Geschäfte von Deutschland aus abzuwickeln. Die deutsche Regierung soll die Anfrage in bejahendem Sinne beantwortet haben. In amerikanischen Kreisen hofft man, daß der Bruch Englands mit Rußland die Ausfuhr Amerikas nach Ruß-

land, die im letzten Jahre um 40 % zurückgegangen war, günstig beeinflussen werde. Die russischen Schiffe, die den Handelsverkehr zwischen Leningrad und London besorgen, haben ihre Häfen bereits eingeseilt. Der Sowjethandelskommissar in Ottawa hat aus Moskau ein Telegramm erhalten, in dem er angewiesen wurde, die dortige Sowjetagentur zu schließen und sofort nach Rußland zurückzukehren.

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten in Buenos Aires.

Auf Grund des von der Londoner Polizei bei der Hausdurchsuchung im Arcosgebäude gefundenen und im englischen Reichsdruck veröffentlichten Adressenmaterials hat die Polizei in Buenos Aires an verschiedenen Stellen Hausdurchsuchungen vorgenommen und eine Anzahl Briefe und Zeitungen mit Beschlagnahme belegt sowie mehrere Personen verhaftet.

Norwegen soll England vertreten.

Fortdauer des englisch-russischen Getreidehandels.

Aus Oslo wird berichtet, daß Chamberlain durch den norwegischen Gesandten in London die norwegische Regierung gebeten habe, Großbritanniens Interessen in Moskau wahrzunehmen.

Der russische Geschäftsträger in London, Rosengolz, wird England Anfang dieser Woche verlassen.

Eine Anzahl Kisten und Koffer aus dem Sowjethaus sind an Bord des russischen 2000-Tonnen-Dampfers „Doushar“ geschafft worden, der auch eine Anzahl von Sowjetbeamten nach Rußland bringen wird. Das Schiff, das am Dienstag abfahren soll, wird von der Polizei sorgsam bewacht. In einer von dem Vorsitzenden der russischen Handelsdelegation, Khinskij, abgegebenen Erklärung heißt es: Während die Arcosgesellschaft und die staatlichen Sowjetorganisationen, die in England tätig waren, ihre Tätigkeit einstellen, wird die Arbeit solcher Organisationen, wie der Russisch-Britischen Getreideexportgesellschaft und ähnlicher Unternehmungen fortzuführen, wenn keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Die Jahrtausendfeier Nordhausens.

Ausgabe besonderer Silbermünzen.

Zur Jahrtausendfeier Nordhausens, die mit einem Festgottesdienst und einem Festakt im Landesbühnenbau begann, überbrachte Handelsminister Dr. Schreiber die Grüße des Reichspräsidenten, des Reiches und Preußens. Wie Dr. Schreiber in seiner Rede betonte, haben die Regierungen des Reiches und der im Reichsrat vertretenen deutschen Länder aus Anlaß dieser Jahrtausendfeier von dem selten gewählten Rechte Gebrauch gemacht, besondere Silbermünzen prägen zu lassen, als bleibende Erinnerung an den heutigen Tag. Dr. Schreiber schloß: Das neue Deutschland erwartet die Mitarbeit aller seiner Bürger. Je mehr diese Arbeit geleistet wird mit dem Blick nach vorwärts und im Vertrauen auf die ungebrochene Kraft unseres Volkes, um so besser wird es um unsere Zukunft bestellt sein. Möge dabei die Stadt Nordhausen und ihre Bürgerschaft sich wie bisher bewähren, möge ihr ein freies Vaterland und eine glückliche Zukunft beschieden sein.

Nach verschiedenen weiteren Ansprachen brachte Oberbürgermeister Dr. Waller den Dank der Stadt für die zahlreichen Besuche und Begrüßungsreden zum Ausdruck. Die Vaterländische Festouvertüre von Max Keger beendete die Feier.

Schwere Niederlage der Kantontuppen.

Neue Truppenverstärkungen nach China.

Der amtliche englische Funkdienst verbreitet Meldungen über eine schwere Niederlage der Kantontuppen in der Provinz Honan. Die achte Armee der Kantonesen soll dabei völlig aufgerieben worden sein. Vorabhin soll mit sieben anderen Russen sich aus Hanlan auf das südliche Flußufer begeben haben. Es verlautet aus nicht-amtlicher Quelle, daß zwischen der Kantauer Regierung und Tschangkaifsch ein Einvernehmen erzielt worden sei. Unterdessen verstärken die fremden Mächte ihre Truppenkontingente in China. Aus Tokio sind Befehle ergangen, daß 2000 Mann der in der Mandchurei stehenden Truppen nach Sinau in der Provinz Schantung entsandt werden, um Leben und Eigentum der Japaner in der dortigen Gegend zu schützen. Auch ein amerikanisches Transportschiff mit 2000 für Tientsin bestimmten amerikanischen Marinesoldaten an Bord wird Schanghai demnächst verlassen. Ein zweites Transportschiff hat Befehl erhalten, sich zu einer Fahrt von Schanghai nach Manila vorzubereiten, um von dort aus 1300 Marinesoldaten wahrscheinlich nach Tientsin abzutransportieren.

Das deutsche Agrarproblem.

Eine Rede des Ministers Schiele.

In der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele einen Vortrag über „das deutsche Agrarproblem“. Der Minister ging davon aus, daß das notwendige Gleichgewicht zwischen der Industriearbeit einerseits und der agrarischen Arbeit andererseits an Störungen leidet und daß der Minderertrag der Landwirtschaft und die Schwächung ihrer Kaufkraft sich auswirken zum Schaden für die Industrie. Die dauernden Einfuhrüberschüsse sind untragbar. Die jetzt beanspruchten Devisen, die Hunderte von Millionen Goldmark ausmachen, können durch Verfertigung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion am ehesten gespart werden. Notwendig ist aber auch eine umfassende Sozialpolitik, die der landwirtschaftlichen Bevölkerung bessere Aufstiegsmöglichkeiten sichert. Hand in Hand damit muß eine arbeitslose Ausbildungs- und Erziehungsarbeit gehen.

Gegen den polnischen Terror.

Danziger Protest gegen die polnische Sprachenverordnung.

Der Danziger Volksrat beschäftigte sich mit der Entscheidung des Oberkommissars vom 8. April, in der den Eisenbahnen das Recht verweigert wird, sowie mit der Sprachenverordnung der polnischen Eisenbahndirektion. Von sämtlichen Rednern wurde gegen das Vorgehen Polens gegen die Danziger Eisenbahner als einen Versuch, die Freie Stadt zu polonisieren, entschiedener Protest erhoben und es dem Senat zur Aufgabe gemacht, mit aller Entschiedenheit beim Völkerverbund und dem Oberkommissar dafür einzutreten, daß die der Freien Stadt in den Verträgen und Entschuldigungen gewährten Rechte nicht geschnitten werden. Von der Regierung wurde zugesagt, in diesem Sinne bei den zuständigen Stellen zu wirken.

Die deutschen Zeitungen Ostpreussens brachten eine der polnischen Presse entnommene Meldung, der zufolge der Schweizer Schulsachmann, Maurer, von den 24 in Lipine gedrückten Schullindern nur vier als für die deutsche Minderheitsschule geeignet bezeichnet habe. Dazu berichtet der Deutsche Völkerverbund folgendes: Der Schweizer Schulsachmann Maurer hat mit den Sprachprüfungen an den Minderheitsschulen begonnen. Die Meldung, daß in Lipine nur vier Kinder die Prüfung bestanden hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Entscheidung über das Bestehen oder Nichtbestehen trifft nicht Herr Maurer, sondern auf dessen Bericht der Präsident